

Herr Vorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Mund, wenn man keine politische Verantwortung in dieser Stadt und für diese Stadt trägt, dann ist es natürlich leicht, unvernünftige Anträge zu stellen - und das auch noch mehrfach hintereinander. Das ist Ihr gutes Recht. Aber die Menschen dieser Stadt haben davon nichts, das muss ich Ihnen leider sagen.

(Beifall)

Im Gegensatz zu den Parteien, die diese Koalition in Frankfurt tragen, kann sich die BFF, glaube ich, keine einzige bezahlbare Wohnung in dieser Stadt politisch zurechnen lassen.

Jeden Tag ziehen etwa 40 neue Einwohner nach Frankfurt, im Monat sind es über 1.000. Die Folgen für den Wohnungsmarkt sind klar, das haben Sie eben bereits umrissen. Die Allgemeinplätze, die Sie genannt haben, sind zum Teil vernünftig, dazu gehört die Maxime „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Das ist auch ein Grundprinzip unserer Wohnungsbaupolitik. Aber man muss auch erkennen, wenn die Bevölkerungsentwicklung so ist, dass das nicht ausreicht. Das ist hier in Frankfurt der Fall. Deswegen müssen wir, auch wenn uns als CDU die Bodenversiegelung ein Dorn im Auge ist und wir es zumindest gerne vermeiden würden, im angemessenen Maß schauen, wo noch Potenzial besteht und wie diese Stadt angemessen und ökologisch nachhaltig weiterentwickelt werden kann. Deswegen gibt es die politische Idee - und der Blick auf den Stadtplan lässt gar nicht so viele Möglichkeiten zu -, im Nordwesten der Stadt, wo noch Platz ist, ein Baugebiet zu entwickeln. Hinter dieser Idee stehen wir. Wir, das ist die Koalition und auch die CDU. Deswegen haben wir vor acht Monaten hier in diesem Saal beschlossen, dass es - Sie haben es angesprochen - vorbereitende Untersuchungen auf dem Weg zu einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme geben wird. Wir haben als Koalition - die CDU hat es maßgeblich durchgesetzt - noch einmal beim Beschluss der Magistratsvorlage klargestellt, dass diese Prüfungen ergebnisoffen sind. Für uns gibt es hier kein „Alles oder Nichts“, sondern wir werden aus dem, was diese Prüfungen als Ergebnis liefern, eine vernünftige Lösung entwickeln.

Für uns als CDU ist es auch eine Potenzialanalyse: Wir haben bewusst mit dem Beschluss im Dezember keine Vorfestlegung über Zuschnitt und Struktur der neuen Wohngebiete getroffen, sondern wir werden - wie auch bei anderen guten Beispielen in dieser Stadt, zum Beispiel im Ernst-May-Viertel -, Schritt für Schritt vorgehen. Die Voruntersuchung heißt: „Jetzt wird ordentlich geprüft, was geht“. Sie heißt nicht: „Jetzt wird gebaut, so viel wie geht“. Dazu - das ist selbstverständlich und wir haben es auch damals schon betont - gehören natürlich klimatische Untersuchungen. Dass die Frischluftschneisen frei gehalten werden sollen, hat die CDU bereits im letzten Sommer mehrfach klar und öffentlich erklärt. Die Ergebnisse dieser vorbereitenden Untersuchungen werden wir bewerten und dann wird die Koalition weitere Schritte beschließen. Der zuständige Dezernent wird sicherlich auch bald einen Zwischenstand berichten. Meine Hoffnung ist, dass er den Stadtverordneten direkt berichtet und nicht über ein Interview in der Zeitung. Es gibt einige schwierige Fragen, die zu beantworten sind. Wir müssen uns auch damit auseinandersetzen.

Es gibt jetzt einen neuen Landesentwicklungsplan, in dem zum Beispiel auch Abstände stehen, die zu Hochspannungsleitungen eingehalten werden sollen. Die Stadt Frankfurt hat versucht, sich in diesem Beratungsverfahren zu äußern und auf Veränderungen zu dringen. Das war als solches in dem Text des Landesentwicklungsplans selbst nicht erfolgreich. Wir werden für Frankfurt darüber reden müssen, was das heißt und wie es bei diesem Thema weitergehen wird.

Sie haben die Ereignisse der letzten Tage angesprochen und das ist auch in den Medien diskutiert worden. Dazu will ich Ihnen ganz klar sagen, dass es in der CDU keine Maulkörbe gibt. Dass die Menschen in den Nachbarstadtteilen des Untersuchungsgebietes, namentlich

in Niederursel und Praunheim, Sorgen und vielleicht auch Ängste haben, nehmen wir sehr ernst. Deswegen sprechen wir miteinander. Deswegen werden diese Untersuchungen und ihre Ergebnisse auch offen und transparent diskutiert. Dass die Nachbarkommunen diese Idee eines Baugebietes kritisch sehen - manche Teile mehr als andere, je nachdem, wo sie von der Autobahn aus gesehen liegen -, ist auch etwas, was wir nicht nur zur Kenntnis nehmen müssen, sondern was uns als Stadt Frankfurt eine gute Gelegenheit gibt und ein wichtiger Anlass ist, miteinander zu reden! Wir als CDU hätten uns schon im letzten Sommer gewünscht, dass möglichst frühzeitig mit den anderen Kommunen über dieses gesamte Gebiet gesprochen wird. Entwicklung heißt nicht nur Wohngebiete, sondern Entwicklung heißt auch gegebenenfalls andere Strukturen - ob das nun Infrastruktur ist, die den Wohngebieten dient, ob das Grünflächen oder andere Flächen sind. All das gehört dazu. Wir sind eine wachsende Region und wir sind auch eine Region, die immer mehr ineinander wächst und sich miteinander vernetzt. Insofern ist es völlig richtig und logisch, dass man über die Flächen, die zwischen den Kommunen liegen, miteinander spricht und sich das nicht etwa durch Pressemitteilungen mitteilt, was richtigerweise jenseits der Stadtgrenze auf dem anderen Gebiet zu machen wäre.

Im Übrigen, das vielleicht nur einmal zur Klarstellung, ist es nicht so, dass dieser gesamte Untersuchungsbereich, über den wir reden, derzeit eine Fläche wäre, auf der nirgendwo gebaut werden kann. Zum vollständigen Bild gehört auch, dass es durchaus schon jetzt Baupläne gibt, die den Titel „Erweiterung der Nordweststadt“ tragen. Diese sind rechts-gültig und durch eine starke Bürgerbeteiligung zustande gekommen. Nach einem längeren Beteiligungsprozess mit einem städtebaulichen Wettbewerb gab es im Jahr 2014 für dieses Plangebiet „Erweiterung der Nordweststadt“ ein klares Okay aus dem zuständigen Ortsbeirat und die Forderung - das ist nachvollziehbar - nach einem ordentlichen und angemessenen Verkehrskonzept. Niemand hat damals diese Erweiterungspläne, die schon im regionalen Flächennutzungsplan enthalten sind, als solche ernsthaft kritisiert. Wenn diese Pläne, ob nun im Rahmen dieses neuen größeren Baugebietes oder im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme, auch mit realisiert werden, dann ist das in Ordnung. Wenn man zu anderen Ergebnissen kommt, dann ist dieses Baurecht als solches natürlich weiterhin vorhanden und gibt auch entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten frei.

Wir haben heute also überhaupt keinen Grund, einen laufenden Untersuchungsprozess, in den mit einem ordentlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung schon Geld investiert worden ist, abzubrechen, wie Sie es fordern. Das können Sie auch noch mit einem fünften oder sechsten Antrag fordern. Das ist im Moment tatsächlich unvernünftig. Diese Untersuchungen müssen zu einem Abschluss gebracht werden. Dann muss man die Ergebnisse auswerten und vernünftig darüber entscheiden. Wir müssen miteinander diskutieren, was daraus für Schlüsse zu ziehen sind und wie ein mögliches zusätzliches Baugebiet auf der einen oder vielleicht auch auf der anderen Seite der A 5 in diesem Teil Frankfurts aussehen kann. Dieser Diskussion müssen wir uns stellen und der sollten Sie sich auch stellen!

Sie haben eine Totalverweigerungshaltung, die überhaupt keinen Alternativansatz bietet. Sie haben uns keinen einzigen Vorschlag präsentiert, an welcher Stelle in Frankfurt Sie stattdessen neue Wohnflächen ermöglichen würden über das hinaus, was wir hier schon entschieden haben oder was wir in Frankfurt bereits planen. Man kann diese Diskussion nicht ernsthaft führen, wenn man den einen Vorschlag rundheraus ablehnt, aber nicht gleichzeitig eigene Vorschläge präsentiert, die weiterführen.

Vielen Dank!

(Beifall)